

## Der Arbeiterverband votiert hinsichtlich der aussenpolitischen Zukunft des Landes für die Beibehaltung des Status quo

Schreiben von Gebhard Walser, Leiter des Arbeitsamts, an Johann Banzer, Präsident des Arbeiterverbandes, in Triesen (Abschrift) [1]

24.3.1938

Wie Sie wissen, hatten sich Leute gegen den von einer Seite gewünschten Abbau meiner Person beim Arbeitsamt [2] gefunden und gab ich Ihnen dies am letzten Sonntag früh durch das Telephon bekannt mit dem Bemerkten, dass Sie, wenn an Sie in dieser Sache herangetreten werde, ganz nach Ihrer Überzeugung ohne Rücksicht auf mich und auf andere den Fall behandeln wollen. Leider hatte sich im Anschluss an dieses Telefongespräch, wie sich nachträglich herausstellte, ein Missverständnis ergeben, als Sie mir die Mitteilung machten, dass gestern Abend eine Sektionsversammlung des Arbeiterverbandes in Triesen gewesen sei und sich nur 1 Mitglied für eine Veränderung des derzeitigen Zustandes ausgesprochen hätte. Da wir vorher von unserem Fall redeten, glaubte ich, dass sich dies auf meinen persönlichen Fall bezogen habe und gelangte diese Auffassung durch mich den sich für mich einsetzenden Leuten zur Kenntnis, die in einem separaten Anhängsel zu dem von Ihnen gezeichneten Schreiben an die fürstl. Regierung diese hievon im guten Glauben verständigte. Im Laufe der letzten Tage klärte sich diese Sache jedoch in dieser Weise auf, dass sich die damals besprochene Beibehaltung des derzeitigen Zustandes auf unsere Landesverhältnisse als unabhängiger Staat bezogen hatte und möchte ich Ihnen hiemit mein Missverständnis hiemit richtig stellen. Das Missverständnis ist also ohne Ihr Zutun zur Kenntnis der fürstl. Regierung gelangt und wird diese hievon auch verständigt.

Im Übrigen danke ich Ihnen für Ihr persönliches, aufrechtes Verhalten in meiner Sache. Ich hoffe gerne, dass auch Ihr Nachfolger die gleiche neutrale Stellung einnimmt, wenn es sich um Verbandsangelegenheiten handelt.

Erfreulich war für mich auch die Mitteilung des Herrn Josef Sele aus Vaduz, dass die Stellungnahme des Centralausschusses in meiner Sache auch nicht anders ausgefallen wäre, wenn dem Centralausschuss der Fall vorgelegt worden wäre. Dies ist auch für Sie eine Genugtuung, dass auch die Mitglieder in Ihrem Ausschusse die Kernfrage in meiner Sache im gleichen Sinne erledigt hätten.

Indem ich Ihrem Verbands weiteres gutes Gedeihen wünsche, versichere ich Ihnen meines Wohlwollens und zeichne

Hochachtungsvoll

[1] LI LA RF 180/443/001/012. Die Angelegenheit wurde von der Regierung am 27. März 1938 ad acta gelegt.

[2] Die Vaterländische Union sprach sich gegenüber der Bürgerpartei am 18. März 1938 für eine Umbesetzung beim Arbeitsamt aus (siehe Punkt 3 im diesbezüglichen Protokoll: LI LA RF 179/130/013).

## Originaldokument



### Im Text erwähnte Personen

Banzer Johann, Auswanderer, Walser Gebhard, Landweibel, Arbeitsamtsverwalter

### Im Text erwähnte Körperschaften

Arbeitsamt, Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP), Liechtensteinischer Arbeiterverband, Vaterländische Union (VU)

### Themen

Märzkrise 1938